

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ercheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1. 20
monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postämtern
und Botsen im In- u. Nach-
barnvertrieb wertlos. M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
bless Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfändigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meißern,
Enzklösterle u.

amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf.
Nebenwärtige 10 Pf. die Zeilen-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pf. die
Zeilenzeile.
Bei Wiederholungen entwe-
den Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegraphen-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Mittwoch, den 18. März

1908

Nr. 15

Sein eigener Galeriedirektor.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Oeffentlichkeit Gelegenheit hat, sich mit der Person des deutschen Kaisers zu beschäftigen. Bald sind es politische, bald künstlerische Angelegenheiten, die den Kaiser veranlassen, seine Meinung kundzugeben oder seinen Einfluß nach der einen oder anderen Richtung geltend zu machen. Kaum ist der Brief an den englischen Admiralsitätslord Tweedmouth abgetan, so bietet schon wieder eine neue Aktion des Kaisers Gelegenheit zur Erörterung. Und zwar ist es wieder einmal eine künstlerische Frage, in der er als König von Preußen entscheidend eingegriffen hat. Der Kaiser hat nun einmal so vielseitige Interessen, daß er sich mit allen Fragen des Lebens beschäftigt. Das wäre gar zu begrüßen; aber daß er, wenn er sich einmal über irgend eine Frage eine Meinung gebildet hat, diese auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen sucht, das liegt wohl doch nicht im allgemeinen Interesse. Wenn ein Privatmann sich irgend eine Meinung bildet und darnach handelt, so ist das seine Privatsache, die niemand anders etwas angeht. Anders aber liegt die Sache, wenn der Kaiser oder König öffentliche Einrichtungen, die nicht nur aus seiner Privatschatulle, sondern aus Staatsmitteln und durch private Stiftungen gefördert werden, in seinem persönlichen Sinne beeinflußt, wie er das neuerdings bei der Auswahl der Bilder für die Berliner Nationalgalerie in einer Weise getan hat, daß es mit deren Direktor Geheimrat v. Tschudi zum offenen Konflikt gekommen ist.

Kaiser Wilhelm ist kein sonderlicher Freund der modernen Kunst und macht daraus kein Hehl. Nun ist aber die Nationalgalerie zur Aufnahme von Werken der Kunst der Neuzeit bestimmt, und da ist es lei... erklärlich, daß es zwischen ihrem Leiter und dem Kaiser, der in der letzten Zeit jedes Bild, das von Herrn v. Tschudi zum Ankauf ansersehen war, persönlich in Augenschein nahm, zu Meinungsverschiedenheiten kam. Besonders die Aufnahme von Werken aus jenen französischen Schulen, die die moderne Kunst-Ära einleiteten, wurde Herrn v. Tschudi verüßelt, und wohl noch mehr die Annahme von Schenkungen moderner Bilder, deren Ankauf vom Kaiser abgelehnt worden war.

Zum vollständigen Bruch kam es, als Herr v. Tschudi aus einer Amsterdamer Sammlung hervorragende Werke der Schulen von Fontainebleau und Barbizon von anerkannten Meistern wie Delacroix, Millet, Rousseau ankaufte, in dem Glauben, daß der Kaiser, der die Silberbesichtigungen hatte, damit einverstanden sei, während nachher das Ministerium die gegenteilige Ansicht vertrat und dem Direktor v. Tschudi den Antritt eines einjährigen Urlaubs empfahl.

Es mag hier unentschieden bleiben, ob der Kaiser allein die Veranlassung zu diesen Konflikten und zur Beseitigung eines anerkannt hervorragenden Museumsleiters, wie des Geheimrats v. Tschudi, war, oder ob ihn seine Ratgeber gegen Tschudi beeinflussten. Nach seinem bisherigen Verhalten fällt es etwas schwer, daran zu glauben, daß sich der Kaiser in Kunstfragen sehr beeinflussen läßt. Auf alle Fälle hat sich seine eigene Meinung im Fall Tschudi mit der seiner Ratgeber gedeckt, und es liegt kein Grund vor, warum er nicht, da er doch sein eigener Kanzler sein wollte, nicht auch einmal den Versuch machen sollte, sein eigener Galeriedirektor zu sein. Ob zum Vorteil der Kunst und der Allgemeinheit, sei dahin gestellt. Fürsten sollen die Kunst fördern, aber sie sollten sich hüten, sie direkt in ihrer Entwicklung beeinflussen zu wollen, wie das leider in Preußen — nicht nur in diesem Fall — üblich ist. Wir erinnern nur an die Bestimmung, daß jedes Denkmal für irgend einen Ahnen des Königs von Preußen vorher dessen Genehmigung bedarf, und daß Wilhelm II. schon mehrmals gegen die Pläne von Denkmälern für seine Vorgänger Einspruch erhoben hat. Aber warum sollte gerade die Kunst in Preußen sich frei entwickeln dürfen, wo doch sonst alles in diesem Staate polizeilich reglementiert ist?

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. März. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Staatsberatung bei dem Titel: Einnahme aus Steuern, Zöllen und Gebühren. Hierzu liegen zwei Resolutionen vor, und zwar von Speck (Ztr.) und Köstke (B. d.

Q), betr. eine sichere Unterscheidung von Brau- und Futtergerste.

Köstke (B. d. L.) geht die Stappen durch, die die Zollbehandlung der Gerste schon durchgemacht habe. Der neue Staatssekretär müsse hier zeigen, was er könne, und einem argen, in Produzenten- wie Händler- und Konsumentenkreisen gleichermaßen gefühlten Uebelstand abhelfen. Bei sämtlichen Zollämtern müssen technische Einrichtungen getroffen werden, die es ermöglichen, Gerste, für die der ermäßigte Zollsatz von 1 M. 30 Pf. beansprucht werde, detart zu denaturieren, daß ihre Verwendung zu Mälzereizwecken unmöglich werde. Nach Herstellung dieser Einrichtungen dürfe dann der Zollsatz von 1 M. 30 Pf. nur noch für denaturierte Gerste zur Anwendung gelangen. Im Jahr 1907 seien im ganzen 2,1 Mill. Tonnen Gerste eingegangen, aber nur der 7. Teil sei als Mälzgerste verzollt worden, während nach der Meinung der Sachverständigen der 4. Teil der Einfuhr als Mälzgerste zu betrachten sei. Damit seien 9 Mill. Mark als Zoll eingebüßt worden. Eine weitere Million könne auch aus dem aus Amerika eingeführten Mais gezogen werden. Man habe in Deutschland kein Interesse daran, daß ausländische Futtermittel frei hereingelassen würden. Der Redner empfahl dann die Einführung einer Mälzumsatzsteuer. Die kleineren Mälzbetriebe seien im letzten Jahr ganz enorm zurückgegangen. Man könne sie dadurch schützen, daß man eine Kontingentierungs- oder Umsatzsteuer einführe. Es sei ein Irrtum, wenn behauptet werde, daß eine Mälzumsatzsteuer eine Verteuerung des Brots herbeiführen werde. Der Mälzbetrieb, einer unserer wichtigsten Betriebe im Reiche müsse erhalten werden.

Speck (Ztr.) begründet seine Resolution und führt aus, trotzdem im Vorjahr von allen Seiten anerkannt worden sei, daß der Wortlaut des Gesetzes nicht geeignet sei, Unterschleife auf dem Gebiet der Gerstenverzollung zu verhindern, sei von der Regierung nichts gefehlet. Aus den statistischen Ziffern sei unwiderleglich zu ersehen, daß nach wie vor große Mengen Gerste zum Zoll von 1 M. 30 Pf. eingehen, die zweifellos dem Zoll von 4 M. unterstellt werden müssen. Dies führe ihn zu der Ueberzeugung, daß der Beamtenorganisimus der Zollverwaltung einen Mangel an Männern aufweise, die

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

(Schluß.)

Einige Tage nach der Nacht mußte sich Apollonius zu Bette legen. Ein heftiges Fieber hatte ihn ergriffen. Der Arzt erklärte die Krankheit erst für eine sehr bedenkliche, aber in ihr kämpfte nur der Körper den Kampf gegen das allgemeine Leiden sieghaft aus, das geistig in dem Entschlusse jener Nacht seinen rettenden Abschluß gefunden. Die Teilnahme der Stadt an dem Kranken Apollonius gab sich auf mannigfache Weise während kund. Der alte Bauherr und Valentin waren seine Pfleger. Diejenige, welche Natur durch Liebe und Dankespflicht zur sorgfältigsten Pflegerin des Kranken bestimmt hatte, rief Apollonius nicht an sein Bett, und sie wagte nicht, angerufen zu kommen. Die ganze Dauer der Krankheit hindurch hatte sie ihr Lager auf der engen Emporlaube aufgeschlagen, um dem Kranken so nah zu sein, als möglich. Wenn der Kranke schlief, winkte ihr der alte Bauherr, hereinzutreten. Dann stand sie mit gefalteten Händen, jeden Atemzug des Schlafenden mit Sorge und Hoffnung begleitend, an dem Bettstirn. Unwillkürlich nahm ihr leiser Atem den Schritt des Feinen an. Sie stand stundenlang und sah durch einen Riß im Bettstirn nach dem Kranken hin. Er wußte nichts von ihrer Anwesenheit, und doch konnte der Bauherr bemerken, wie leichter sein Schlaf, wie lächelnder sein Gesicht dann war. Keine Maske, aus der der Kranke einnehmen sollte, die er nicht, ohne es zu wissen, aus ihrer Hand bekam; kein Pflaster, ohne es zu wissen, aus ihrer Hand bereitete; kein Tuch, bedeckte den Kranken, das sie nicht an ihrer Brust, an ihrem lässenden Munde erwärmte. Wenn er dann mit dem Bauherrn von ihr sprach, sah sie, er war mehr um sie besorgt, als um sich; wenn er freundlich tröstende Grüße an sie ausstrug, zitterte sie hinter dem Bettstirn vor Freude. Wenig Stunden ruhte sie, und weichte der kalte Winterwind durch die locker schließenden Läden die kalten Floden in ihr warmes Gesicht, berührte ihr eigener Hauch, auf der Decke gefroren, ihr eiskig Hals, Arm und Busen, dann war sie glücklich, etwas um ihn zu leiden, der alles um sie litt. In diesen Nächten bezwang die heilige Liebe die irdische in ihr; aus dem Schmerz der getäuschten süßen Wünsche, die ihn besitzen wollten, stieg sein Bild

wieder in die unnahbare Morie hinauf, in der sie ihn sonst gesehen.

22.

Apollonius genas rasch. Und nun begann das eigene Zusammenleben der beiden Menschen. Sie sahen sich wenig. Er blieb auf seinem Stübchen wohnen. Valentin brachte ihm das Essen, wie sonst, dahin. Die Kinder waren oft bei ihm. Begegneten sich die beiden, begrüßte er sie mit freundlicher Zurückhaltung; damit entgegnete sie den Gruß. Hatten sie etwas zu besprechen, so machte es sich jederzeit wie zufällig, daß die Kinder und der alte Valentin, oder das Hausmädchen zugegen war. Kein Tag verging deshalb ohne stumme Zeichen achtender Aufmerksamkeit. Kam er am Sonntag vom Gärtchen heim, so hatte er einen Strauß Blumen für sie, den Valentin abgeben mußte. Er konnte gute Partien machen; es meldeten sich staltliche Bewerber um sie. Er wies die Anträge, sie die Freier zurück. So vergingen Tage, Wochen, Monate, Jahre, Jahrzehnte. Der alte Herr starb und wurde hinausgetragen. Der brave Bauherr folgte ihm, dem Bauherrn der alte Valentin. Dazwischen wuchsen die Kinder zu Jünglingen auf. Die wilde Locke über der Stirn der Witwe, die Schraube über Apollonius' Stirne bleichten; die Kinder waren Männer geworden, stark und mild wie ihr Erzieher und Lehrer; Locke und Schraube waren weiß, das Leben der beiden Menschen blieb dasselbe.

Nun weiß der Leser die ganze Vergangenheit, die der alte Herr, wenn die Glocken Sonntags zum Vormittagsgottesdienste rufen, in seiner Laube sitzend, vom Turmdach von Sankt Georg abhört. Heute sieht er mehr vorwärts in die Zukunft, als in die Vergangenheit zurück. Denn der ältere Neffe wird bald Anna Wohligs Tochter zum Altare von Sankt Georg, und dann heimführen; aber nicht in das Haus mit den grünen Fensterläden, sondern in das große Haus daneben. Das rosige ist für das gewachsene Geschäft zu kleine geworden, auch hat der neue Haushalt nicht Platz darin; Herr Rettenmair hat das große Haus über dem Gärtchen drüben gekauft. Der jüngere Neffe geht nach Köln. Der alte Bettler dort, dem Apollonius so viel dankt, ist lange tot, auch der Sohn des Bettlers ist gestorben. Dieser hat das große Geschäft seinem einzigen Kinde hinterlassen, der Braut des jüngsten Sohnes von Fritz Rettenmair. Beide Paare werden zusammen in Sankt Georg getraut. Dann

wohnen die beiden Alten allein in dem Haus mit den grünen Fensterläden. Der alte Herr hat schon lang das Geschäft übergeben wollen; die Jungen haben es bis jetzt abzulehnen gewußt. Der ältere Neffe besteht darauf, der alte Herr soll an der Spitze bleiben. Der alte Herr will nicht. Er hat einen Teil der Verlassenschaft des alten Bauherrn, den er beerbt, für den Rest seines Lebens zurückbehalten; alles andere — und es ist nicht wenig, Herr Rettenmair gilt für einen reichen Mann — übergibt er den Neffen; das Zurückbehaltene fällt nach seinem Tode an das neue Bürgerhospital. Er hat sein Wort wahr gemacht; der Dachhammer über seinem Sarg wird ehrenblank sein, wie über wenigen.

Die junge Braut wehrt sich, alles anzunehmen, was die künftige Schwiegermutter ihr geben will. Wenn diese alles gibt, eins wird sie behalten; das eine ist eine Blechtafel mit einer dünnen Blume; sie liegt bei Bibel und Gesangbuch und ist ihrer Besitzerin so heilig, als diese. Die Glocken rufen noch immer. Die Rosen an den hochstämmigen Bäumchen duften, ein Grasmädchen sitzt auf dem Busche unter dem alten Birnbaum und singt; ein heimliches Regen zieht durch das ganze Gärtchen und selbst der starkstielige Buchsbaum um die gezirkelten Beete bewegt seine dunkeln Blätter. Der alte Herr sieht sinnend nach dem Turmdach von Sankt Georg; das schöne Matronengesicht leuchtet durch das Bohlen-gelände nach ihm hin. Die Glocken rufen es, das Grasmädchen singt es, die Rosen duften es, das leise Regen durch das Gärtchen flüstert es, die schönen greisen Gesichtser fagen es, auf dem Turmdach von Sankt Georg kannst du es lesen: Von Glück und Unglück reden die Menschen, das der Himmel ihnen bringe! Was die Menschen Glück und Unglück nennen, ist nur der rohe Stoff dazu; am Menschen liegt's, wozu er ihn formt. Nicht der Himmel bringt das Glück; der Mensch bereitet sich sein Glück und spannt seinen Himmel selber in der eigenen Brust. Der Mensch soll nicht sorgen, daß er in den Himmel, sondern daß der Himmel in ihn komme. Wer ihn nicht in sich selber trägt, der sucht ihn vergebens im ganzen All. Laß dich vom Verstande leiten, aber verleihe nicht die heilige Schranke des Gefühls. Kehre dich nicht tadelnd von der Welt, wie sie ist; lache ihr gerecht zu werden, dann wirst du dir gerecht. Und in diesem Sinne sei dein Wandel!

Zwischen Himmel und Erde!
Ende.



praktische Verbindungen mit Handel und Wandel hinter sich haben. Der Redner bringt dann mehrere Beispiele dafür vor, welche geringe Garantie die jetzigen Vorschriften bieten. Es sei gesagt worden, die Resolution sei von süddeutschen und bayerischen Zentrumsagrarierern gestellt worden, um die gesamte Futtergerste zum Zoll von 4 Mk. zu verzollen. Bannern sei an dieser Frage nur zu einem geringen Teil beteiligt. Die Berliner Handelskammer und andere Handelskreise haben sich ebenfalls für Denaturierung ausgesprochen, damit endlich dem Gesetz Genüge geschehe.

Staatssekretär Sydow erklärt, es handle sich nach seiner Meinung darum, welche rechtliche Möglichkeit die bestehenden Handelsverträge zulassen, auf die hier vorgetragene Wünsche einzugehen. In erster Linie komme der Handelsvertrag mit Rußland in Frage. Bei dem ersten Punkt der Resolution wolle die Gerste für Brauerei und Brennweine mit 4 Mk. Zoll zu belegen, soße er auf Bedenken. Der russische Handelsvertrag sehe den 4 Mk. Zoll für Gerste vor, die in reinem, ungemischtem, granuliertem Zustand mehr als 65 Kilogramm pro Hektoliter wiegt. Nach dem russischen Handelsvertrag komme für Gerste, die weniger als 65 Kilogramm pro Hektoliter wiege, ein höherer Zollsatz nur dann in Betracht, wenn sich infolge der besonderen Beschaffung der zur Zollabfertigung gestellten Sendung hinsichtlich der Verwendung der Gerste Schwierigkeiten ergeben. Nun bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, was unter „Verwendungszweck“ zu verstehen sei. Sein Amtsvorgänger habe ihn so definiert, daß darunter nur die Verwendung der Gerste als Brauergerste zu verstehen sei. Er sehe keine Möglichkeit, wie die Regierung sich jetzt einmal in der Auslegung des Vertrages auf einen anderen Standpunkt stellen könnten. Die Antwort Rußlands werde ein einfacher Hinweis auf die bisherige offizielle Auslegung sein. Auch den zweiten Punkt der Resolution wolle betr. die Vorschrift der Denaturierung der als Malzgerste verzollten Gerste könne er mit den Bestimmungen des russischen Handelsvertrages nicht in Einklang bringen. Zur Resolution Speck sagte der Staatssekretär, der Vorredner habe von einem Verstoß gegen Treue und Glauben im Zollverkehr gesprochen. Dieser Auffassung könne er sich vollständig anschließen. Der Gedanke, den Prozentsatz der eingeführten Gerste, die mit dem niederen Zoll belegt sei, zu färben, sei der Reichsfinanzverwaltung durchaus nicht unympathisch. Die Schwierigkeiten bestehen aber darin, daß man kein Färbemittel nehmen dürfe, das nachher bei der Verwendung der Gerste als Nahrungsmittel für Menschen und Tiere schädlich sei. Ueber einige Färbemittel schweben Verhandlungen mit dem Reichsgesundheitsamt. Man hoffe zu einem neutralen Färbemittel zu kommen. Die Einführung von Strafbestimmungen siehe durchaus innerhalb der Grenze dessen, was nach dem russischen Handelsvertrag zu erreichen sei. Es schweben im Reichsschatzamt Erwägungen, daß bei einer anderen Verwendung der mit 1 Mk. 30 Pfg. Zoll belegten Gerste, sofern der Verwender gewußt habe, daß die Gerste zu einem niedrigeren Zollsatz verzollt gewesen sei, der Verwender unter Strafe gestellt werde. Die Regierung seien bereit, soweit als möglich entgegenzukommen, soweit nicht der russische Handelsvertrag dem entgegenstehe.

Juhrmann (ntl.) führt aus, seine Partei stehe auf dem Standpunkt der Einbringer der Resolutionen. Es könne den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft nur Rechnung getragen werden, wenn den Absichten der Interpellanten entsprochen werde.

Wärt. Bundesratsbevollmächtigter Ministerialrat Schleehaus tritt der Auffassung entgegen, daß bei der Verzollung in Friedrichshafen nicht gerecht verfahren werde. Auch die Behauptung, daß Gerste von München nach Friedrichshafen und dann wieder zurückgebracht werde, treffe im allgemeinen nicht zu.

Direktor des Reichsschatzamts Kähn ergänzt die Ausführungen des Staatssekretärs und bespricht einzeln die gegen die Auslegung und Ausführung der Tarifbestimmungen erhobenen Beschwerden. Wollte man alle aus dem Ausland kommende Gerste mit 4 Mk. Zoll belegen oder denaturieren, so würde das gegen den russischen Handelsvertrag verstoßen.

Carstens (fr. Bp.) erklärt, seine Fraktion sei durch die Ausführungen des Staatssekretärs durchaus befriedigt. Die Resolutionen bezweckten nur, die Brenngerste zu verteuern und bei der Futtergerste höhere Preise zu sichern.

Sädekum (Soz.) sagt, seine Partei stimme gegen beide Resolutionen.

Varenhorst (Reichsp.) hält eine einheitliche Durchbildung der Zollbeamten für wünschenswert. 10 bis 12 Millionen Mark gingen dem Reich durch das bestehende Zollverfahren für Gerste verloren.

Staatssekretär Sydow meint dem Vorredner gegenüber, die Zollbeamten zu Reichsbeamten zu machen, stehe der Reichsverfassung entgegen.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der erste Teil der Resolution wolle angenommen, der zweite Teil abgelehnt und die Resolution Speck gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Ohne Erörterung werden die Titel Tabaksteuer, Zigarettensteuer und Juckersteuer, nach kurzer Erörterung der Titel Salzsteuer angenommen, ebenso der Titel Einnahmen aus der Rasiß-Bottichsteuer. Debatteless wurden ferner genehmigt die Einnahmen aus der Branntwein- und der Schaumweinsteuer.

Staatssekretär Sydow erklärt sich bereit, die Frage erneut zu prüfen.

Bei den Reichsstempelabgaben und zwar bei den Einnahmen aus den Erlaubnissteuer für Kraftfahrzeuge liegt eine Resolution betr. die Erhöhung der Steuerpflicht für Kraftfahrzeuge und betr. einschlägige Bestimmungen über den Grenzverkehr vor.

Staatssekretär Sydow erklärt gegenüber dem Abg. Triben (Ztr.), er hoffe, daß es noch vor dem Beginn der Reichstagssitzung werde, Bestimmungen zu treffen, die den Grenzverkehr mit Automobilen erleichterten.

Die Resolution wurde angenommen.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamts.

Dertel (ntl.) befürwortet eine Resolution auf Einführung eines 25 Pfennigstücks.

Staatssekretär Sydow spricht sich für Erörterung dieser Frage gelegentlich einer Regierungsvorlage aus, mit der sich zur Zeit der Bundesrat befaßt.

Kirsch (Ztr.) erklärt sich für ein 2 Mk. 50 Pfg.-Stück.

Potthoff (fr. Bgg.) wünscht bei der Besoldungsvorlage Berücksichtigung der Wünsche der Angestellten ohne Beamteneigenschaft.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Bruhn und des Unterstaatssekretärs Tzwele bespricht Sädekum (Soz.) einen einzelnen Fall im Kreis Apenrade und nennt dabei den Vertreter des Landrats von Apenrade eine Dreckschnecke, weswegen er zur Ordnung gerufen wird.

Die Resolution wegen Prägung eines 25 Pfg.-Stücks wird angenommen.

Bei Titel: Beiträge zur Deckung der laufenden Ausgaben für die Universität Straßburg bespricht Everling (natl.) die finanziellen Verhältnisse der evangelischen Fakultät an der Universität Straßburg.

Nach einer Erwidrerung des Geh. Rats Halley begründet Oriola (natl.) eine Resolution betr. die Unterstützung der Veteranen und ihrer Hinterbliebenen. Eventuell sollte zur Erhaltung des Invalidenfonds eine Wehrsteuer verlangt werden.

Staatssekretär Sydow erklärt, der Vorschlag einer Wehrsteuer ändere nichts, da eine solche nicht vorhanden sei. Er erinnere an die großen Anforderungen, die die Gegenwart und die Zukunft stellen.

Um 6¼ Uhr wird die Weiterberatung auf abends 8 Uhr vertagt.

Berlin, 16. März. Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 8¼ Uhr. Am Bundesratstisch ist Staatssekretär Sydow erschienen. In der fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsschatzamts begründet Abg. Baumann (Ztr.) eine Resolution, solche Kriegsteilnehmer als hilflosbedürftig anzusehen, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 900 Mark betrage. Der Redner sagt, daß zahlreichen Kriegsveteranen die Erlangung einer Kriegsbeihilfe unmöglich gemacht werde, da der Begriff der Erwerbsunfähigkeit und Bedürftigkeit oft in der rigorosesten Weise ausgelegt werde. Die Finanzlage dürfe dabei kein Hindernis sein.

Abg. Hufnagel (konf.) spricht sich für die Zentrumsresolution aus.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, seine Partei sei nach wie vor gegen eine Wehrsteuer und wünsche, daß die Veteranenbeihilfe womöglich in einem noch höheren Betrage als 120 Mark allen Kriegsteilnehmern zu teil werde.

Unterstaatssekretär Tzwele erwidert, daß Ungleichheiten immer vorkommen würden. Die Reichsverwaltung habe das größte Interesse an einer einheitlichen Behandlung der Gesuche. Für die Hilfsbedürftigkeit ein Einkommen bis zu 900 Mark festzusetzen, sei bedenklich, da dasselbe je nach der Gegend verschiedenen Wert habe. Das Mehrbedürfnis würde 10—12 Mill. Mark betragen, für welche keine Deckung vorhanden sei. Darüber schweige sich der Zentrumsantrag aus, während er auch eine entsprechende Position von 20 Mill. hätte enthalten müssen. Er bitte den Antrag abzulehnen.

Abg. Wieland (dtsch. Bp.) bittet den Staatssekretär, die Anregung der beiden Anträge in Erwägung zu ziehen.

Abg. Arendt (Reichsp.) führt aus, bei der Veteranenbeihilfe dürfe nicht die Finanzfrage maßgebend sein. Der Antrag Oriola gehe noch nicht weit genug. Der Zentrumsantrag sei schon wegen seiner Form unannehmbar.

Abg. Gröber tritt für die Zentrumsresolution ein. Vizepräsident Kämpf rügt die von der Journalistentribüne während der Rede Gröbers erfolgten Zurufe. Bei einer Wiederholung werde er die Tribünen räumen lassen.

Staatssekretär Sydow erklärt, den Kriegsteilnehmern gegenüber glaube er von denselben Gesinnungen besetzt zu sein, wie sein Vorgänger, der ebenso wie er den Zentrumsantrag ablehnen würde. In der Verloppelung dieser Frage mit dem Etat liege ein Zwang.

Vizepräsident Kämpf teilt mit, daß der Abg. Erzberger (Ztr.) namentliche Abstimmung beantrage.

Abg. Paasche (ntl.) meint, das Zentrum habe, wie Kulerski aus der Schule geplaudert habe, den Antrag nur gestellt, um der Regierung eine Verlegenheit zu bereiten.

Silpert (Bb.) und Derjen (Rp.) glauben, daß für die Veteranen noch lange nicht genug geschehen sei.

Erzberger (Ztr.) polemisiert gegen Paasche. Staatssekretär Sydow erklärt, er könne die Stimmungen der Regierungen gegenüber den Anträgen, die gegen jede weitere Ausgabe seien, wenn keine Deckung vorhanden sei.

Oriola (natl.) meint, durch den Zentrumsantrag sollten nur Schwierigkeiten zwischen der Regierung und den Parteien erhoben werden. Nach weiterer Debatte wird die Resolution Oriola der Budgetkommission überwiesen. Die Abstimmung über den Zentrumsantrag bis morgen ausgesetzt, der Rest des Etats bewilligt. Um 12¼ Uhr stellt sich bei der Abstimmung über einen Vertragssantrag die Beschlussunfähigkeit des Hauses heraus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Kolonialetat.

Abg. Haufmann zum Eisenbahnetat.

In der Samstagsitzung ergriff wie bereits mitgeteilt, Abg. Haufmann (D. Bp.) das Wort. Wir tragen seine Ausführungen heute etwas ausführlicher nach.

Abg. Haufmann (D. Bp.): Ich habe mit Freude gehört, daß Verhandlungen im Gange sind, zur Anbahnung einer Güterwagengemeinschaft, und wenn ich den Eisenbahnminister recht verstanden habe, so befinden sich die Verhandlungen dem Abschluß nahe. Es soll also eine Freizügigkeit der Güterwagen durch ganz Deutschland durchgeführt werden und damit wäre in der Tat eisenbahnpolitisch ein großer Schritt getan, ein Schritt, der namentlich auch dem Gedankengang der bayerischen Eisenbahnverwaltung entspricht. Durch die Durchführung der Güterwagengemeinschaft würden auch große Ersparnisse herbeigeführt werden und auch eisenbahntechnisch wäre diese Gemeinschaft von Wert, denn der Verkehr würde beschleunigt werden. Das Wichtigste aber ist, daß dieser Schritt der Anfang zu weiteren Gemeinschaften auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ist. Der Eisenbahnminister ist weiterhin auf die Fahrkartensteuer eingegangen und hat gesagt, daß er nach der finanziellen Seite nur zusammen mit dem Schatzsekretär eine Erklärung abgeben könne. Er ließ aber doch durchblicken, daß er entschlossen sei, an der Neuordnung der Fahrkartensteuer mitzuarbeiten. Die Fahrkartensteuer ist unter allen Steuern, die bisher hier gemacht worden sind, diejenige, die am meisten enttäuscht hat. (Sehr richtig! links.) Es sollten mit ihr fehlende 35 Millionen aufgebracht werden, und meine damaligen Zweifel, daß diese Rechnung einen großen Fehler hat, haben sich vollkommen bewahrheitet. Ich habe die Steuer einen Verzweiflungsakt mangelhafter Steuerweisheit genannt, und ich bin von meiner damaligen Behauptung nicht zurückgekommen. (Sehr richtig! links.) Wie recht ich hatte, haben die Erfahrungen während der letzten zwei Jahre, wo die Steuer in Kraft ist, gezeigt. Aus den Darlegungen des Eisenbahnministers habe ich entnommen, daß auch ihm die Steuer unhaltbar erscheint. Nur fürchte ich, daß man versuchen wird, die Steuer zu reformieren. An dieser Steuer kann überhaupt nichts reformiert werden. Sie ist von Grund aus falsch und schädigt nur die Einzelstaaten. Die Einzelstaaten setzen die Tarife fest, dann wird der Betrieb rentiert. Darüber hinaus darf der Betrieb nicht weiter mit Steuern belastet werden. Mein Landmann, der Erbrünn zu Hohenlohe-Langenburg hat den Wunsch ausgesprochen, die preussische Eisenbahnverwaltung möchte sich recht viel Sympathien erwerben. Daran schließe ich, daß er mit mir derselben Meinung ist, daß die Sympathien nicht allzugroß sind. Unter den Maßnahmen, die Preußen keine Sympathie einbringen, ist das Verbot im Bahnhofsbuchhandel. (Sehr richtig! links.) Die bayerischen und württembergischen Eisenbahnverwaltungen sind doch auch bemüht, die Eittlichkeit und Ordnung aufrecht zu erhalten; aber ich lege einen anderen Maßstab bei der Zensur an, als die Eisenbahnverwaltung in Berlin oder in Elsaß-Lothringen und gehe nicht von dem engstirnigen Standpunkt aus. Wenn die Eisenbahnverwaltung in Elsaß-Lothringen alle sozialdemokratischen Blätter auf den Bahnhöfen verbietet, so ist das praktisch gar nicht durchführbar und ist vor allem eine parteiische Stellungnahme gegen eine große Partei. (Lebhafte Zustimmung links.) Es ist doch ein unhaltbarer Zustand, wenn die Eisenbahnverwaltung sagt, ich will alle Staatsbürger befriedern, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehören, aber ich will ihnen vorschreiben, welche geistige Nahrung sie zu sich nehmen. Das steht doch auf demselben Niveau, als wenn man den Bahnhofsrestaurateuren vorschreiben wollte, welche Schnäpse schädlich und welche nicht schädlich sind. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Eisenbahn alle diese Zeitungen befördert und an der Verbreitung dieser Zeitungen den intensivsten Anteil nimmt, und dann will sie verhindern, daß diese Zeitungen, die sie selbst verbreitet hat, auf den Bahnhöfen gelesen werden. Außerdem ist die Literatur jetzt so immens, daß die Eisenbahnverwaltung garnicht kontrollieren kann, was gute und was schlechte Kost ist. Ich möchte den Minister bitten, doch einmal genau zu prüfen, ob bei der Zensur nicht neue Grundzüge nötig sind. Dabei muß von der Eisenbahnverwaltung berücksichtigt werden, daß die elsass-lothringische Bevölkerung süddeutsch empfindet und wenn die Elsaß-Lothringer sehen, daß sie anders behandelt werden als die Württemberger und Bayern, so empfinden sie das als große Ungerechtigkeit. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Minister hat nun auch den Standpunkt vertreten, daß die Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung keine ordnungsfeindlichen Bestrebungen verfolgen dürfen. Ja, was ist denn ordnungsfeindlich? Es handelt sich darum, ob diejenigen, die die Ordnung des Instituts der Eisenbahn voll und ganz aufrecht erhalten, und durchführen, ausgeschlossen werden können, bloß weil sie vorgeschrittene radikale Ansichten als Überzeugung angenommen haben. Dieser Standpunkt hat schon deshalb keine Begründung, weil der Minister wissen muß, daß ein großer Teil seiner Angestellten zur sozialdemokratischen Partei gehört und daß deshalb sein Verbot gar nicht durchführbar ist. Darin gebe ich dem Minister durchaus recht, daß das Verlangen, den Streik in Verkehrsangelegenheiten als Mittel zur Lohnverbesserung einzuführen, nicht gebilligt werden kann. Die Eisenbahnangestellten nehmen eine absolute Sonderstellung deshalb ein, weil sie die Träger des ganzen nationalen und internationalen Verkehrs sind. Die Aufrechterhaltung dieses Verkehrs ist ein so eminentes Staatsbedürfnis, daß man den Angestellten das Streikrecht nicht konzedieren kann. (Bravo! links.)

Rundschau.

Noch ein Dementi.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Die Mitteilung der „Weserzeitung“, ein preussischer Minister habe die Führer der Landtagsparteien, unter Ausschluß der Freisinnigen, versammelt, und dabei sei seitens der Regierung lebhaftes Interesse an einer selbstzeitigen Beschränkung der freisinnigen Wahlagitatio bekundet worden, ist von Anfang bis zu Ende erfunden. — Die „Weserzeitung“ selber gibt zu, daß ihr Gewährsmann nicht richtig unterrichtet war.

„Die Maste ab!“

Der offenen Kriegserklärung, mit der sich jetzt, am Vorabend der preussischen Landtagswahlen, selbst nationale Organe von dem Fürsten Bülow und seiner „Blodpolitik“ loslösen, schließt sich nun auch die gemäßigtere „Magdeb. Ztg.“ an. In einem Artikel, dem sie die Ueberschrift „Die Maste ab!“ gibt, führt sie folgendes an:

Es wird immer schwerer, von der Blodpolitik als von einer ernsthaften Sache zu sprechen. Vor mehr als Jahresfrist redete Fürst Bülow zu den Agrariern, verschrieb er sich ihnen als den zum Tode „agrarischem“ Kanzler, um als Gegenleistung von ihnen ein ganz geringes Verständnis für die Berechtigung auch anderer, sogar der Wörteninteressen zu erlangen. Denn darum konnte nun einmal die Blodpolitik nicht



berum. Jetzt hat er die Leitung darüber; kaltblütig und hat man in der Reichstagskommission im Bunde mit dem Zentrum die Vorklage nicht nur zerrissen, sondern hat der Milderungen des Vorklagesezes, die sie bringen sollte, wie zum Vorn eine Verschärfung beschließen. Ein rücksichtsloser Schlag gegen das Blockprogramm des Fürsten Bälou läßt sich kaum vorstellen, und da er mit dem vollen Bewußtsein seiner politischen Bedeutung geführt worden sein muß, so wäre es einigermaßen vernünftig, von der am 21. März beginnenden zweiten Beratung oder von den Verhandlungen im Plenum noch eine Verständigung zu erwarten.

Wodurch sollte auch die Ränderung herbeigeführt werden? Was kann Fürst Bälou noch tun, nachdem er dem Reichstage schon mit dem Rücktritte gedroht hat? Und der Erfolg, wenn er die Drohung wiederholte? Die Grafen Ranig und Schwerin rechnen doch offenbar mit der Möglichkeit, daß die Zerrückung des Blocks ihnen den agrarischen Kanzler kosten muß. Es ist gut, daß die klärenden Ereignisse sich mehren.

Aber wenn einmal die Dinge so liegen, dann ist es besser, man gibt endlich allen Schein, alle Falschheit und Halbheit auf und nennt schwarz schwarz und weiß weiß.

In Preußen stehen Neuwahlen bevor, in denen es um ein modernes Wahlrecht gehen wird, an dem der Block ohnehin zerfällt. Daß die Konservativen jetzt auch im Reiche ihre Farbe zeigen und dem Zentrum gegen den Fürsten Bälou und gegen die linke die Hand reichen, kann nur dem preussischen Wahlkampfe Kraft und Klarheit des Zieles mehren. Und das begrüßen wir.

Ob diese tapfere Haltung anhält!

Die Mächte und die mazedonischen Reformen.

Die Einzelpunkte des englischen Reformvorschlages für Mazedonien sind folgende: Die Mächte geben ihre Bestätigung dem für eine bestimmte Amtsdauer ernannten Generalgouverneur, der ohne ihre Zustimmung nicht entlassen werden kann. Die Gendarmerie wird vermehrt und durch europäische Offiziere befehligt. Ihr allein fällt die Ausrottung des Bandenwesens zu. Die Zivilagenten treten in türkische Dienste über und werden zu Beratern des Generalgouverneurs. Der türkische Heereszustand wird herabgesetzt werden. Unter diesen Bedingungen verbürgen die Großmächte dem Sultan die Integrität des mazedonischen Gebietes. Die russische Regierung, die über den Vorschlag vorher sondiert wurde, drückt ihre grundsätzliche Zustimmung aus und will sich weitere Vorschläge vorbehalten.

Wirren auf Haiti.

In der Republik Haiti scheinen ernstere Wirren bevorzustehen. Der Newyork Herald meldet aus Port au Prince: Am Sonntag, und zwar in aller Frühe, wurden neun angebliche Verschwörer in ihrer Wohnung festgenommen und in summarischem Verfahren erschossen. Es geht das Gerücht, daß auch noch andere erschossen wurden. Dies ist die erste Tat des neuernannten Ministers des Innern Decont. Die Fremden werden terrorisiert. Viele haben sich in auswärtige Gesandtschaften geflüchtet. Die haitianische Regierung hat dem französischen Gesandten mitgeteilt, daß eine große Verschwörung gegen die Regierung entdeckt worden sei, die ihren Ursprung in den Konsulaten habe, und daß es infolgedessen unmöglich sei, die Verhandlungen über die Einschiffung der Flüchtlinge fortzuführen. Frankreich müsse daher der Regierung sofort alle diejenigen ausliefern, die sich auf die französische Gesandtschaft geflüchtet hätten. Dieses Gesuch wurde amtlich und schriftlich gestellt. Die haitianische Regierung erklärte, es seien ihr zahlreiche Briefe des Generals Firmin an die Verschwörer in die Hände gefallen; alle Briefe seien in der französischen Gesandtschaft geschrieben worden.

Die Vereinigten Staaten, sowie England und Frankreich haben Kriegsschiffe nach Haiti beordert.

Tages-Chronik.

Berlin, 16. März. Der Reichstagsabgeordnete und Agrarierhäuptling Dr. Dieblich hat dem Freisinnigen Dr. Goldschmidt eine Duellforderung, weil letzterer während einer Rede Hahn den Zwischenruf: „Unerschämtheit“ gemacht hatte. Goldschmidt hat die Forderung abgelehnt, weil er grundsätzlicher Gegner des Duells sei.

Berlin, 16. März. Wie nach der National-Zeitung bestimmt verlautet, wird demnächst eine große Demonstrationsversammlung deutscher Winzer auf dem Hambacher Schloß in der Pfalz stattfinden. Die Verzögerung der Weingesezworlage soll die Ursache sein.

München, 16. März. Die Abgeordnetenkammer hat einmütig unter Zustimmung der Regierung den sozialdemokratischen Antrag angenommen, 50 000 Mark aus Staatsmitteln zur Verfügung zu stellen, um Gemeinden und Vereinen Unterstützungen zu gewähren, die sich in besonderer Weise der Säuglingsfürsorge annehmen.

Mainz, 16. März. Für die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel für die Kinder der Volksschule hat die Stadtverwaltung für das Rechnungsjahr 1908 24 000 Mark vorgesehen. Nahezu sämtliche Kinder machen nunmehr von der Vergünstigung Gebrauch.

Darlsruhe, 15. März. Eine Konferenz der freien Gewerkschaften Badens, der auch der Vorstand der badischen Fabrikinspektion, Wittmann, bewohnte, forderte reine Arbeiterkammern, sowie das gleiche direkte Wahlrecht für alle volljährigen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Jülich, 15. März. In der kantonalen Abstimmung wurde das Gesetz über Jagd und Bogenschuß mit 60 000 gegen 10 000 und das Gesetz über Errichtung staatlicher Elektrizitätswerke mit 61 000 gegen 8800 Stimmen angenommen.

Paris, 15. März. In der Maschinenhalle auf dem Marsfelde kam es heute Abend nach dem Rennen um den große Preis der „Velocepedistischen Vereinigung Frankreichs“, bei welchem der Radfahrer Jaquelin erster wurde, jedoch infolge der Beschwerde eines Mitbewerbers disqualifiziert worden war, zu großen Unruhestörungen. Die Zuschauer beschimpften die Preisrichter, zertrümmerten die Schranken und Bänke, warfen brennende Holzstücke auf die Fahrbahn und richteten schließlich in der Maschinenhalle große Verwüstungen an. 300 Schutzleute mußten aufgeboden werden, um die Ruhe wieder herzustellen. Zehn Ruhestörer wurden verhaftet.

London, 16. März. Das nationale Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeitspartei hat ein Manifest erlassen, in dem erklärt wird, daß die zur Zeit bestehende Trade-Union einen wesentlichen Bestandteil des kapitalistischen Produktionsystems bilde und daß es unmöglich sei, auf solcher Grundlage eine sozialistische Republik zu errichten. Ferner befürwortet das Manifest den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter auf industrieller Basis als einleitenden Schritt zum letzten Ziel, nämlich dazu, die Produktionsmittel in die Hände zu bekommen zu dem Zweck, sie im Interesse des ganzen Gemeinwesens zu verwenden.

Budapest, 15. März. Die Märzfeier vollzog sich in traditioneller Weise mit Aufzügen der Studenten und Arbeiter. Nach einer Kundgebung vor dem Petofidenmal zogen die Arbeiter durch die innere Stadt, wo vor dem Nationalkasino eine große Demonstration für das allgemeine Wahlrecht erfolgte. Hier wurden wieder Revolvergeschüsse abgefeuert. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein, zerstreute die Demonstranten und nahm viele Verhaftungen vor. An vielen Punkten der Stadt zirkulierten Hufarenpatrouillen.

Sydney, 16. März. Der Premierminister Deakin erklärte hier vorgestern im Rathsaal bei einer Besprechung über das Militärprogramm der Regierung, er habe bei seinem letzten Besuch in England den Eindruck gewonnen, daß ein großer Krieg spätestens innerhalb der nächsten fünf Jahre bevorstehe. Die Erklärung wird hier lebhaft kommentiert.

Der Kosmos-Dampfer „Eis“, von Hamburg nach Zauque (Chile), ist in brennendem Zustand auf Teneriffa eingetroffen. Die Ladung bestand aus Streichhölzern, die sich selbst entzündet hatten und zum Teil über Bord geworfen werden mußten, zum Teil durch Wasser und Feuer beschädigt worden sind.

Der M. meldet aus Neu-Brandenburg in Oberschlesien, daß dort durch russische Anstömmlinge die schwarzen Boden eingeschleppt worden sind. Die Behörden haben umfassende Maßnahmen getroffen, um die Weiterverbreitung zu verhindern. — Nach einer anderen Meldung ist die Krankheit wieder erloschen. Von 42 Erkrankungen sind 9 tödlich verlaufen.

In Wien wurde ein älterer Mann von einem Automobil überfahren, er erlitt einen schweren Schädelbruch.

In seiner Wohnung in Potsdam hat sich der als außerordentlich lebenslustig bekannte Leutnant Friedrich v. Pläskow erschossen. Der junge Offizier — er stand im 27. Lebensjahr — gehörte dem 1. Garderegiment zu Fuß an; er war seit langer Zeit leidend und hat den Selbstmord, wie es heißt, aus Verzweiflung verübt.

In der Elsäßer Straße in Berlin ist nach einem Streit mit der Schwiegermutter die Frau des Hausdieners Baier mit ihrem einjährigen Söhnchen aus dem 3. Stock auf den Hof hinuntergesprungen. Mutter und Kind sind tot.

Vom Arbeitsmarkt.

Berlin, 17. März. Die Bauarbeiter haben auf zahlreichen Bauten von Berlin und den Vororten die Arbeit niedergelegt als Protest gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Löhne. Daraus sind alle diese Bauten gesperrt worden. Am 26./27. März will der Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe eine Gesamtvorstandsitzung in Berlin abhalten, die über Krieg oder Frieden im deutschen Baugewerbe entscheiden soll.

Frankfurt, 16. März. Bei den heutigen Verhandlungen über die Tarife im Baugewerbe zwischen dem mitteldeutschen Arbeitgeberverband und den Vertretern der Arbeitnehmer erklärten sich letztere bereit, den alten Tarif ohne Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung noch ein Jahr weiter bestehen zu lassen. Die Arbeitgeber wollten sich nur auf 2 Jahre einlassen, worauf die Arbeitnehmer nicht eingingen. Vor dem 1. August, also vor Ablauf des Tarifs, soll noch einmal verhandelt werden. — Auch die Verhandlungen im Tapeziergewerbe mußten abgebrochen werden, da eine Einigung nicht erzielt wurde. Der Gehilfenverband beschloß, daß die dreihundert organisierten Gehilfen Montag mittag die Arbeit niederlegen sollen, wenn die Forderungen bis dahin nicht bewilligt sind.

St. Gallen, 16. März. Das Initiativkomitee für die Produktionseinschränkung in der Schiffbauindustrie der Ostschweiz beschloß, die Einschränkung auch während des Monats April durchzuführen. Die Stickerfirma Heine in Arbon sperrte ihr ganzes Arbeiterpersonal von 1500 Personen aus.

Denver, 15. März. 1500 Kesselschmiede u. andere Lokomotivarbeiter traten hier in den Ausstand. Die Fahrer kündigten an, daß sich der Ausstand auf alle Bahnen des Gouldschen Systems ausdehnen werde.

Aus Württemberg.

Dienstauchereien. Uebertragen: die Forderung „Gundels“ beim dem Postamtman Dr. Hübner bei der Fortifikation und Kanoniere in der Festung Ulm bei der Fortifikation. — Besetzung: den Hüttenmeister in der Fortifikation und den Salinieninspektor Hübner in Friedrichshall in ihrem Generalstab gegenüber.

Landwirtschaftlicher Unterricht bei württ. Truppenteilen. Die in einigen anderen deutschen Bundesstaaten gegebene Anregung der Erteilung landwirtschaftlichen Unterrichts im Heer ist auch in Württemberg auf einen guten Boden gefallen. Bei dem Dra-

goner-Regiment Königin Olga Nr. 26 in Ludwigsburg haben sich auf die Aufforderung des neuen Regimentskommandeurs 52 Gefreite und Dragoner des 3. Jahrgangs freiwillig zur Teilnahme am landwirtschaftlichen Unterricht gemeldet; auch einige Offiziere und Unteroffiziere wollen an dem Kurs teilnehmen.

Stuttgart, 16. März. Frau Geh. Rat v. Knosp hat unter anderen reichen Legaten auch der Stadt Stuttgart ein Vermächtnis von 2 Millionen bestimmt zu dem Zwecke, im Hasenbergwald ein Gedenkheim zu gründen, wozu die Stadt nur Grund und Boden zu geben hat.

Stuttgart, 14. März. Für die Kinder der Volksschulen wird eine städtische Schüler-Zahnklinik mit Anstellung eines hauptamtlichen Zahnarztes errichtet. Die Kosten für die fakultative unentgeltliche Zahnbehandlung werden für das erste Jahr auf 12 000 Mk. berechnet.

In Rottweil kletterte einjähriges Mädchen über das Gelande auf dem Biabult gegen Balingen. Das Gesein löste sich los und das Mädchen fiel eine Felswand hinunter, zerschmetterte den Schädel und starb kurze Zeit darauf.

Gerichtssaal.

Berlin, 16. März. Wegen Verleumdung des Französischen Diga Molitor in Artikeln über den Hauptprozeß ist der verantwortliche Redakteur der „Berliner Morgenpost“ Martin Schmidt heute von der Strafkammer des Landgerichts I zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Berlin, 16. März. Graf Lynar, der bekanntlich vom Kriegsgericht wegen fittlicher Verfehlungen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat heute früh die Fahrt nach Siegburg angetreten, wo er die Strafe verbüßen soll. Ein Stabsoffizier und ein Mann von den Gardes du Corps waren zu seiner Begleitung kommandiert.

Kunst und Wissenschaft.

Koskod, 16. März. Der außerordentliche Professor für Pathologie an der Universität Heidelberg, Dr. Schwabe, hat die an ihn ergangene Berufung auf den Lehrstuhl des Professors Thierfelder, als ordentlicher Professor der Universität Koskod und als Direktor des pathologischen Instituts angenommen.

Ein guter Rat.

Ein ehrjamer Bürger kommt zum Gymnasialprofessor für klassische Sprachen, um mit ihm zu beratschlagen, ob er seinen Sohn, der in Untertertia sitzt, nach Abolvierung dieser Klasse ein Handwerk lernen lassen oder noch Obertertia besuchen lassen soll. Der Professor, der es mit dem Fortkommen seiner Zöglinge sehr ernst meint, erwidert: „Lassen Sie ihn doch noch ein Jahr hier. Da kriegt er noch die griechischen Verba auf „mit“, dann hat er was fürs Leben.“

Handel und Volkswirtschaft.

Landesproduktions-Börse Stuttgart vom 16. März 1908.

Sowohl die Bitterung wie auch die Temperatur waren in der abgelaufenen Woche veränderlich, im Ganzen aber der Jahreszeit entsprechend. Das Wasser ist, nachdem ein erheblicher Rückgang eingetreten war, wieder gewachsen, wodurch sich die Binnen-schiffahrt überall voll entfalten kann und der Weiterbeförderung der mit Seeschiffen anlangenden Güter zur Zeit keine Hindernisse im Wege stehen. Ueber den Saatensand liegen neuere Meldungen nicht vor. Geld ist etwas billiger geworden, die Reichsbank hat ihre Sätze um ein halbes Prozent ermäßigt, ist aber selbst damit noch immer 2 Prozent höher, wie die Bank von England.

Was nun die Lage des Weltmarkts betrifft, so hat sich zwar die vorwöchentliche Zuversicht nicht allenthalben behaupten können, es muß aber festgehalten werden, daß trotz der fortgesetzten erheblichen Verschiffungen von Argentinien, die Weizenpreise gegen den Wochen-schluß wieder angezogen haben.

Wenn wir noch einen kurzen Blick auf die inländischen Verhältnisse und Zufahren werfen, so ist die ganz erhebliche Abnahme derselben in den Augen springend. Der Verkaufsbelegnet stets guter Nachfrage.

Auf heutiger Börse überwiegt das Angebot in Weizen, namentlich in Plata, die Nachfrage, während der Begeh in Futtergetreide, sowohl in greifbaren Waren, wie namentlich auch auf spätere Lieferung anhält; trotzdem meißt sich der Anfall der argentinischen Weizenmehle abgemindert werden will. Die Preise der einzelnen Artikel sind aus nachstehenden Notierungen zu ersehen.

Wir notieren per 100 Kilogramm frachtparität Stuttgart, netto Cassa je nach Qualität und Lieferzeit: Weizen württemberg. Nr. 22.25 bis 22.75, fränkischer nominell — bis —, bayerisch r. 23. — bis 23.50, niederbayerischer — bis —, 00, Hummer 24. — bis 24.75, Ufa 24. — bis 24.75, Sargenka — bis —, RL, Kohnstoff-Agima 24.25 bis 25. —, Walla-Walla — bis —, RL, Laplata 23.25 bis 23.50, RL, Amerikaner — bis —, RL, Californier — bis —, RL, Australier — bis —, RL, Kernen 22.25 bis 22.75, Dinkel, 15.25 bis 15.75, Roggen württemb. 20.50 bis 21.50, — bdeutscher — bis —, RL, russischer — bis —, Weisse württemb. 20.50 bis 21. —, RL, s-fähiger 22.50 bis 23. —, bayerische 21.50 bis 22.50, RL, Lauber — bis —, RL, Gifäber — bis —, RL, ungarische nominell 22. — bis 23.50, RL, Wolbau nominell — bis —, Anatolier nominell — bis —, RL, tall-orn. prima — bis —, Futtergerste, russ. 16.25 bis 16.75, Dafer württ. 18.25 bis 19. —, RL, russischer — bis —, Mais Laplata 17.25 bis 17.75, RL, Weizen — bis —, Yellow — bis —, russisch — bis —, Donau 17.05 bis 17.75, Kohlraps — bis —, Weizenpreise pro 100 Kilogramm incl. Sad: Weh Nr. 0: 32. — bis 34. —, RL, Nr. 1: 32. — bis 33. —, RL, Nr. 2: 31. — bis 32. —, RL, Nr. 3: 30.00 bis 31.00, RL, Nr. 4: 28.50 bis 29.50, Kleie 10.75 bis 11, RL, (ohne Sad).

Stuttgart, (Schlachtlehma 1). Zugerischen Ochsen: 23. Fatten 076, Kalb und Kühe 101, Räder 173 Schweine 667. Verkauf: Ochsen 20, Fatten 12, Kalb und Kühe 090 Räder 173, Schweine 639. Inverkauf: Ochsen 3, Fatten 13, Kalb 61, Räder 00, Schweine 048. Preis aus 1/2 Rilo Schlachtlehma: Ochsen: 1. Qualität ausgemästet: von — bis —, 2. Qualität von — bis —, RL, Fatten: 1. Qualität, vollfleischig von 76 bis 87, 2. Qualität ältere und weniger fleischig von 64 bis 85, 3. Qualität und Jungstiere: 1. Qualität, ausgemästet von 78—80, 2. Qualität fleischig von 76—77, 3. Qualität geringere von 72—74, 4. Qualität junge gemästete von — bis —, 5. Qualität ältere von 68—78, 6. Qualität geringe von 58—68, 7. Qualität ältere von 89—92, 8. Qualität gute Sauglader von 87—88, 9. Qualität geringe Sauglader von 84—86, 10. Qualität Schweine: 1. Qualität, fleischig von 60 bis 81, 2. Qualität schwere fette von 58—69, 3. Qualität geringere (Saum) von 55—65, 4. Qualität, fleischig: möglich bleibt.



Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe der Kapitalsteuererklärungen für das Steuerjahr 1908.

In Gemäßheit von Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Aug. 1908, betreffend die Kapitalsteuer (Reg.-Bl. S. 313), werden alle Steuerpflichtigen (natürliche Personen, rechtsfähige Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige Stiftungen und Vereine, die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die Berggewerkschaften, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die rechtsfähigen Erwerbs- und Wirtschaftsvereine, die rechtsfähigen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sowie die Personenvereine von nicht geschlossener Mitgliederzahl), welche einen steuerbaren Ertrag aus Kapitalen und Renten beziehen, aufgefordert,

spätestens bis 8. April d. Js.

jedoch nicht vor dem 1. April, eine Steuererklärung abzugeben. Die Steuerpflichtigen, welche ein Formular zur Steuererklärung nicht zugefandt erhalten, können die kostenfreie Ausfüllung eines solchen bei dem Kameralamt oder bei dem Aufnahmebeamten für die Kapitalsteuer (dem Ortsvorsteher oder der Gemeindebehörde für die Einkommensteuer) verlangen.

Die Steuererklärung ist schriftlich nach dem vorgeschriebenen Formular oder zu Protokoll abzugeben. Zur schriftlichen Form ist erforderlich, daß die Erklärung von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift unterzeichnet wird, und zwar von Bevollmächtigten mit einem ihr Vollmachtsverhältnis andeutenden Zusatz.

Wegen Steuergefährdung wird nach Art. 23 des Gesetzes mit der Geldstrafe des sieben- bis zehnfachen Betrags der gefährdeten Steuer bestraft, wer wissentlich in der Steuererklärung oder bei Beantwortung der im Steuererklärungs- oder Beschwerdeverfahren von der zuständigen Behörde gestellten bestimmten Fragen über den der Besteuerung unterliegenden Ertrag aus seinen Kapitalen und Renten oder aus Kapitalien und Renten des von ihm zu vertretenden Steuerpflichtigen unrichtige oder unvollständige tatsächliche Angaben macht, welche geeignet sind, zur Verklärung der Steuer zu führen, oder wer wissentlich durch gänzliche Unterlassung einer Steuererklärung oder Erstattung einer unwahren Fehlanzeige einen solchen Ertrag, welchen er nach den Vorschriften des Gesetzes anzugeben verpflichtet ist, ganz verschweigt.

Bezüglich aller weiteren Bestimmungen wird auf die Bekanntmachung des Kgl. Bezirkssteueramts Neuenbürg in Ensdaler vom 14. ds. Mts. Nr. 42, sowie auf den Anschlag am Rathaus hingewiesen.

Die Steuererklärungen sind bei dem Beamten der Gemeindebehörde für die Einkommensteuer (Rathaus- Nebengebäude Zimmer Nr. 4) abzugeben.

Wildbad, den 16. März 1908.

Aufnahmebeamter für die Kapitalsteuer.

Schmid.

Zur Konfirmation

empfehlen wir das Neueste in

Hemden, Cravatten, Spitzenkragen,
Hosen, Echarpes, Schleifen,
Unterröcken, Handschuhen, Gürtel,
Schürzen, Taschentüchern,

ferner

Kragen, Manschetten, Vorhemden, Hemden,
Cravatten, Hosenträgern,

zu den billigsten Preisen.

Geschwister Freund.

Ein Waggon

Holz-Briketts,

beste Qualität, ist eingetroffen und werden solche wieder abgegeben, auch werden noch Bestellungen für Lieferung April angenommen, da ich im Sommer keine Zeit mehr habe. Geneigter Abnahme und Bestellung sieht entgegen

Friedrich Schmelzle.

Evangel. Kirchenchor
Wildbad.

Morgen abend 8 Uhr

Singstunde.

(Damen und Herren).

Der Vorstand.

Heirat! w. 2 Damen, 23 J., 70 000
M. bar und 10 000 M.
Erbe w. m. ehrb. Herrn, Briefw.
Berm. n. Bed. jed. treue Liebe.
Brief: Fr. Gombert, Berlin SO. 26.

Süße Orangen

empfehlen

Chr. Batt.

Frisch eingetroffen, schöne
Tafel-Aepfel

das Pfund 25 Pfg.
empfehlen Joh. Köhle.

Wer kauft reinen

Bienenwachs?

Offerten an die Exped. ds. Bl.

HUSTEN

Wer

seine Gesundheit nicht bestraft ihn,
5245 not. beal. Zeugn. bezeugen
den hilfsbringende den
Erfolg von

Kaiser's

Brust-Caramellen

feinschmeckendes Malz-Extrakt
Kerzillisch erprobt und empfohlen
gegen Husten, Halsentzündung, Ver-
schleimung, Katarrh, Rachon-
katarrh, Krampf- u. Keuch-
husten Packot 25 Pfg., Dose
50 Pfg., Flasche 90 Pfg.

Kaiser's Brust-Extract

Beides zu haben bei:
Dr. C. Metzger, Kgl. Hofapo-
theker in Wildbad,
Hans Grundner, vorm. Anton
Heinen in Wildbad
— und in den Apotheken. —

Echte

Kieler Bücklinge

Echte

Kieler Sprotten

Feinste

Bismarkhäringe
und Kollmöpfe

empfehlen in tadelloser frischer Ware
und feinsten Qualität

J. Honold, Kgl. Hofl.
König-Karlstraße 81.

Falls derjenige nicht geneigt ist
mir meine

Waldfäge,

welche er im vorigen Jahre von
mir entlehnt hat wiederzubringen,
bin ich geneigt, ihm den dazu ge-
hörigen Sägebock zuzufenden.
Gottlieb Majer, Schreinermeister.

Den geehrten Damen die ergebene Mitteilung,
daß ich Anfang April in den seither von der
Firma Klara Herbst innegehabten Räum-
lichkeiten ein

Pub- und Modewaren-Geschäft

eröffnen werde. Halte mich bei Bedarf bestens
empfohlen.

Elisabeth Moekel, Modes.

Wildbad,
König-Karlstraße 89.

Pforzheim,
Bahnhofstraße 18.



Eine Sendung

Kinder- u. Sportwagen

vom einfachsten bis feinsten

sind eingetroffen und empfehle solche zur gef.
Abnahme.

Wilh. Treiber.

Cigarren, Cigaretten, Ansichtskarten.

Christ. Bott, Wildbad.

Hauptstrasse 89. Hauptstrasse 89.

Erstes und ältestes Schuhgeschäft am Platze.

Empfehlen sein reichsortiertes Lager in

Eleganten Damen-, Herren- u. Kinder-

Schnür-, Knopf- und Zugstiefel,

Gummischuhe, sowie solide Arbeiterstiefel
und Holzschuhe.

Alle Sorten

Lade, Creme, Einlegesohlen, Plattfüßeinlagen etc. sind in großer
Auswahl am Lager.

— Anfertigung nach Maß. —

Reparaturen prompt und billig.

Schirme.

Handkoffer.

Neu eingetroffen:

sind wieder abgepaßte Stoffe zu

Damenkleidern, Blusen, Schürzen, Bettjackett,
Hemden, Bettbezügen etc., ferner Waffelbettdecken,
Jaquarddecken, Tischdecken, Betttücher, Handtücher
und verschiedene andere Artikel.

Größte Auswahl zu den bekannten billigen Original-Einheits-
preisen. Eine schöne Musterkarte mit Damenkleidern und
Blusenstoffen, die neuesten Dessins enthaltend, liegt zur gef.
Benützung auf. Zu geneigter Abnahme hält sich empfohlen

Fr. Schulmeister.

Die B. Hofmann'sche Buchdruckerei in Wildbad

empfehlen sich zur Lieferung aller Arten

Druck-Arbeiten

in Schwarz und Buntdruck.

Sorgfältige Ausführung.

Rasche Lieferung.

Billige Preise.